

DIE TÄTIGKEIT DER ARBEITSINSPEKTION

auf dem Gebiet des
Bundesbedienstetenschutzes
im Jahr 2006

INHALT

VORWORT

- I. Jährlicher Bericht
- II. Fünfjahresbericht

TÄTIGKEITSBERICHT 2006

- Die Aufgaben der Arbeitsinspektion
- Die Tätigkeit der Arbeitsinspektion 2006
- Unfälle 2006
 - Tödliche Arbeitsunfälle

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

- Verantwortlichkeiten und Pflichten nach dem Bundes-Bedienstetenschutzgesetz
- Bundesdienst gesamt
- Bundeskanzleramt
- Auswärtige Angelegenheiten
- Bildung, Wissenschaft und Kultur
- Finanzen
- Gesundheit und Frauen
- Inneres
- Justiz
- Landesverteidigung
- Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
- Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
- Verkehr, Innovation und Technologie
- Wirtschaft und Arbeit
- Sonstige Dienststellen

BEITRÄGE DER ARBEITSINSPEKTORATE

RECHTSVORSCHRIFTEN

1

1

2

3

3

4

4

4

6

6

8

10

11

12

14

16

17

19

21

22

24

25

26

27

28

35

VORWORT

VORWORT

Der Schutz der Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer im Bundesdienst war in den letzten Jahren - und wird es auch weiterhin sein - einem Wandel unterworfen. War es in den vorangegangenen Jahren Ziel der Verantwortlichen und der Arbeitsinspektion, lediglich die vorgefundenen Mängel beheben zu lassen, wird nun vermehrt der Blick auf den Umgang in den Dienststellen mit dem Bundesbedienstetenschutz insgesamt gerichtet. Neben der Mängelbehebung rückt auch das System des präventiven Dienstnehmerschutzes in den Vordergrund.

Das mit 1. Juni 1999 in Kraft getretene Bundes-Bedienstetenschutzgesetz (B-BSG), BGBl. I Nr. 70/1999, mit dem die EU-Arbeitsschutzrahmenrichtlinie (RL 89/391/EWG) für den Bundesdienst umgesetzt wurde, und die dazu erlassenen Verordnungen enthalten neben den klassischen Bestimmungen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Bediensteten auch solche, die den Gedanken der Prävention und Eigenverantwortung der Dienststellenleiter/innen in die Dienststellen tragen sollen.

Dieser Gedanke zeigt sich in den zentralen Anforderungen des B-BSG:

- Ermittlung und Beurteilung der Gefahren in den Dienststellen;
- Bestellung von Sicherheitsvertrauenspersonen;
- Betreuung durch Sicherheitsfachkräfte und Arbeitsmediziner/innen.

Die Berichte der Arbeitsinspektion sollen dem vom Gesetzgeber vorgegebenen modernen Ansatz Rechnung tragen und in erster Linie dem Nationalrat Einblick in die Lage des Dienstnehmerschutzes im Bundesdienst gesamt und in den einzelnen Ressorts ermöglichen. Um diesen Einblick in effizienter und übersichtlicher Weise herstellen zu können, wird die Lage des Dienstnehmerschutzes im Bundesdienst seit dem Berichtsjahr 2000 wie folgt dargestellt:

I. Jährlicher Bericht

- Zusammenfassung der Beanstandungen (nur Anzahl, gleiche Beanstandungen werden nur einmal im Bericht ausgewiesen) nach Oberbegriffen (Arbeitsstätten, Arbeitsmittel, Gesundheitsüberwachung, Präventivkräfte, Evaluierung) pro Ressort und für den gesamten Bundesdienst;
- Angabe der Dienststellen der einzelnen Ressorts, in denen eine schriftliche Aufforderung der Arbeitsinspektion zur Mängelbehebung erfolgte;
- besonderes Hervorheben (Schrift fett gedruckt) der Dienststellen, in denen keine Behebung der aufgezeigten Mängel erfolgte;
- Dringlichkeitsreihung (Mängelgruppen und Dienststellen für jedes Ressort) des Berichtsjahres sowie des Vorjahres;
- allgemeine Statistikdaten über die Tätigkeit der Arbeitsinspektion;
- Berichte über besondere aktuelle Schwerpunkte.

VORWORT

II. Fünfjahresbericht

- Entwicklung der Beanstandungszahlen über den Fünfjahreszeitraum (Ressorts und gesamter Bundesdienst);
- qualitative Einschätzung der Weiterentwicklung des Bundesbedienstetenschutzes in den Ressorts und für den gesamten Bundesdienst (in Zusammenarbeit mit den einzelnen Ressorts);
- qualitative Einschätzung der Weiterentwicklung des Bundesbedienstetenschutzes aus Sicht der Arbeitsinspektorate (freiwillige Beiträge zu allgemeinen Themen oder zu speziellen Fragestellungen des Dienstnehmerschutzes).

Der Fünfjahresbericht wurde erstmals für die Berichtsjahre 2000 bis 2004 vorgelegt.

TÄTIGKEITSBERICHT 2006

TÄTIGKEITSBERICHT 2006

Am 1. Juni 1999 trat das Bundes-Bedienstetenschutzgesetz (B-BSG), BGBl. I Nr. 70/1999, in Kraft, wonach für alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Bundesdienst die gleichen Regelungen gelten wie in der Privatwirtschaft, wenn nicht Besonderheiten der Aufgaben (spezifische Tätigkeiten im öffentlichen Dienst, z.B. bei den Streitkräften, der Polizei oder Katastrophenschutzdiensten) dem entgegenstehen.

Das B-BSG verfolgt die gleichen Ziele, die auch der Arbeitsschutzrahmenrichtlinie der EU und dem ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG) zu Grunde liegen, nämlich durch vorbeugenden Bedienstetenschutz Dienstunfälle, Berufskrankheiten und sonstige arbeitsbedingte Erkrankungen zu vermeiden und allen Bediensteten ein Arbeitsleben und einen Ruhestand ohne arbeitsbedingte gesundheitliche Beeinträchtigungen und Spätfolgen zu ermöglichen.

Die Aufgaben der Arbeitsinspektion

Die Arbeitsinspektion führt ihren Überprüfungsauftrag überwiegend in Form von Besichtigungen von Dienststellen durch. Weiters nimmt die Arbeitsinspektion an zahlreichen behördlichen Verhandlungen und Besprechungen teil und kommt ihrem Auftrag zur Beratung und Unterstützung in Fragen des Sicherheits- und Gesundheitsschutzes nach.

Für die Umsetzung des Bundesbedienstetenschutzes ist in erster Linie die Dienststellenleitung Ansprechpartner der Arbeitsinspektion:

Stellt die Arbeitsinspektion Mängel fest, wird der/die zuständige Dienststellenleiter/in nach einer Beratung schriftlich aufgefordert, innerhalb einer angemessenen Frist den gesetzmäßigen Zustand herzustellen. Wird dieser Aufforderung innerhalb der festgelegten Frist nicht entsprochen, werden die Beanstandungen und die dazu empfohlenen Maßnahmen dem/der zuständigen Leiter/in der Zentrale mitgeteilt.

Die einzelnen Ressortleiter/innen haben entsprechend ihrer Verpflichtung gemäß § 91 B-BSG zu den Beanstandungen Stellung genommen und im Rahmen der Stellungnahmen die bereits getroffenen Maßnahmen dem Arbeitsinspektorat mitgeteilt.

Die Mängel in den einzelnen Ressorts und die Stellungnahmen der Ressortleiter/innen wurden im Bericht zusammengefasst und gemäß § 92 des B-BSG im Wege der Bundesregierung dem Nationalrat vorgelegt.

Gemäß § 92 B-BSG ist dem jährlichen Bericht der Arbeitsinspektion über ihre Tätigkeit im Bundesbedienstetenschutz eine ressortbezogene Dringlichkeitsreihung der auf Grund der Beanstandungen zu treffenden Maßnahmen anzuschließen.

Für das Berichtsjahr 2006 liegen vier Dienststellen mit noch offenen Mängeln vor. Da diese Dienststellen jeweils zu verschiedenen Ressorts gehören, entfällt die Dringlichkeitsreihung.

TÄTIGKEITSBERICHT 2006

Die Tätigkeit der Arbeitsinspektion 2006

Tätigkeit der Arbeitsinspektion	2006
Besichtigungen von Arbeitsstätten	672
Teilnahme an behördlichen Verhandlungen (z.B. Bauverhandlungen)	60
Beratungs- und Beurteilungstätigkeiten	189
sonstige Tätigkeiten (insbes. Behördenbesprechungen, Beratungen)	191
Dienststellen, die zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden	93

Die schriftlichen Aufforderungen und die darauf erfolgten Beseitigungen der festgestellten Mängel bilden den Kern des Berichtes über die Tätigkeit der Arbeitsinspektion auf dem Gebiet des Bundesbedienstetenschutzes.

Wenn Mängel direkt vor Ort oder noch im Rahmen der Besichtigung behoben wurden bzw. die Mängelbeseitigung durch die Dienststelle noch vor Abfertigung der schriftlichen Aufforderung dem Arbeitsinspektorat zur Kenntnis gebracht wurde, erfolgte keine schriftliche Aufforderung durch das Arbeitsinspektorat.

Im vorliegenden Bericht werden alle jene Dienststellen aufgelistet, die schriftlich zur Mängelbehebung aufgefordert wurden.

Mängel, deren Behebung dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit bis Juni 2007 (Redaktionsschluss) von dem/der zuständigen Ressortleiter/in bekannt gegeben wurden, scheinen im Bericht als bereits behobene Mängel auf.

Mängel, deren Behebung zufolge erforderlicher baulicher Maßnahmen oder geplanten Umzugs in eine neue Dienststelle mit einer längeren Frist behaftet sind, werden als behoben eingestuft, wenn dem Arbeitsinspektorat konkrete Pläne vorgelegt werden bzw. eine entsprechende Stellungnahme des Ressorts erfolgt ist.

Unfälle 2006

Im **Berichtsjahr 2006** ereigneten sich in den von der Arbeitsinspektion zu überprüfenden Bundesdienststellen 2044 Arbeitsunfälle im engeren Sinn (exklusive Wegunfälle), davon drei mit tödlichem Ausgang.

Tödliche Arbeitsunfälle

Dienstnehmer verstarb bei Schwimmtraining

(Bericht des Arbeitsinspektorats für den 14. Aufsichtsbezirk in Innsbruck)

Bei einem Schwimmtraining der Polizei erlitt einer der teilnehmenden Polizisten eine massive Gehirnblutung. Trotz rascher Rettung und Reanimation verstarb der Polizist im Spital.

Tödlicher Unfall in einer Bundesheer-Kaserne

(Bericht des Arbeitsinspektorats für den 8. Aufsichtsbezirk in St. Pölten)

Am 14. November 2006 um 12.30 Uhr wurde das Arbeitsinspektorat St. Pölten von einer Polizeiinspektion über einen schweren Arbeitsunfall in einer Kaserne in Kenntnis gesetzt. Bei der Erhebung wurde festgestellt, dass der Verunglückte nicht zum Kaderpersonal der Kaserne des Unfallortes gehört, sondern Angehöriger einer Panzerwerkstattkompanie einer in ca. 32 km befindlichen Kaserne ist und nur für diesen Tag zum Reifenwechsel anwesend war. Der beim Unfall an-

TÄTIGKEITSBERICHT 2006

wesende Grundwehrdiener gab gegenüber dem Arbeitsinspektor an, der Verunfallte habe beim Reifenwechsel den Sprengring entfernt und in weiterer Folge versucht, den Felgenreif zu lösen, jedoch ohne Erfolg. Daraufhin legte der Verunfallte den Reifen auf den Boden, so dass sich der Felgenreif auf der Unterseite befand, stellte sich auf den Reifen, bog das Ventil nach innen und begann mittels Kompressor Luft einzupumpen. Durch den hohen Luftdruck platzte der Schlauch und der Verunfallte wurde samt Reifen an die Decke geschleudert. Dabei zog sich der Verunfallte schwere Verletzungen am Hinterkopf zu. Der Verletzte wurde vom Notarzt an der Unfallstelle erstversorgt und anschließend mit dem Notarzt-Hubschrauber ins Unfallkrankenhaus transportiert.

Der erhebende Arbeitsinspektor konnte sich durch Befragung des technischen Offiziers und des Werkstättenleiterstellvertreters der Kaserne des Unfallortes vergewissern, dass der Verunfallte und auch der Grundwehrdiener über die Sicherheitseinrichtungen beim Reifenwechsel in der Truppenwerkstätte vor Arbeitsbeginn am gleichen Tag unterwiesen wurden. Diese wurden anschließend bei einem vorhergehenden Reifenwechsel derselben Dimension von Angehörigen der Kaserne unterstützt, um sie mit den Arbeiten vertraut zu machen. Der zum Unfallort hinzugekommene Werkstättenleiter bestätigte die langjährige berufliche Erfahrung und Fachkenntnis des Verunfallten.

Der Arbeitsinspektor konnte vor Ort Einsicht in die Unterweisungsunterlagen der Grundwehrdiener nehmen; die letzte Unterweisung erfolgte am 31. Oktober 2006. Das Kaderpersonal wurde am 17. Dezember 2004 nachweislich unterwiesen. Nach Mitteilung der Sicherheitsfachkraft wurde der Verunfallte auch in seiner Stammkaserne nachweislich unterwiesen.

Der Verunfallte verstarb am 16. November 2006 im 39. Lebensjahr.

Tödliche Unfälle bei Spurensicherungsarbeiten

(Bericht des Arbeitsinspektorats für den 15. Aufsichtsbezirk in Bregenz)

Nach einem Bahnunfall wurden drei Personen bei Spurensicherungsarbeiten bzw. Aufräumarbeiten von einem Schnellzug der SBB erfasst und getötet. Es handelte sich dabei um eine Polizeibeamtin, einen Polizeibeamten und einen Leichenbestatter.

Bei Bahnunfällen verständigen die Beamten vor Ort die ÖBB, dort wird die Meldung in der Betriebsleitzentrale Innsbruck entgegen genommen. Diese informiert dann per Funk die Lokführer auf der Strecke. Alternativ ist auch eine Verständigung über einen vorgelagerten Bahnhof möglich. Der Lokführer muss die Anweisung aus der Betriebsleitzentrale bestätigen.

In manchen Fällen wird bei einem Unfall oder Selbstmord auf eingleisigen Anlagen der Zugsverkehr nicht eingestellt. Im Einvernehmen mit der Exekutive kann der Zugsverkehr auch verlangsamt weitergeführt werden.

Grundsätzlich besteht bei solchen Tätigkeiten die Möglichkeit, die Strecke zu sperren oder das Fahren des Zuges zu verlangsamen, auch können Streckenposten vereinbart werden. Im konkreten Fall sei entschieden worden, dass der Verkehr mit 20 bis 30 km/h an der Unfallstelle möglich sei.

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Verantwortlichkeiten und Pflichten nach dem Bundes-Bedienstetenschutzgesetz

Dienstgeber

Der Dienstgeber hat für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz seiner Bediensteten in Bezug auf alle Aspekte zu sorgen, die ihre dienstliche Tätigkeit betreffen (§ 3 B-BSG).

Der Dienstgeber hat die zum Schutz des Lebens, der Gesundheit und Sittlichkeit seiner Bediensteten erforderlichen Maßnahmen zu treffen, einschließlich der Maßnahmen zur Verhütung arbeitsbedingter Gefahren, zur Information und zur Unterweisung sowie der Bereitstellung einer geeigneten Organisation und der erforderlichen Mittel.

Für eine Arbeitsstätte oder auswärtige Arbeitsstelle, in/auf der der Dienststellenleiter nicht im notwendigen Umfang selbst anwesend ist, ist eine geeignete Person zu beauftragen, die auf die Durchführung und Einhaltung der notwendigen Schutzmaßnahmen zu achten hat.

Dienststellenleiter/innen

Der Bund als Dienstgeber ist für die Einhaltung der Bestimmungen des B-BSG und der dazu erlassenen Durchführungsverordnungen verantwortlich.

Der Bund handelt durch seine Organe gemäß den organisationsrechtlichen Vorschriften, die festlegen, welches Organ welche Aufgaben wahrzunehmen hat. (§ 2 Abs. 2 B-BSG)

Wahrnehmung der Verpflichtungen nach dem B-BSG durch die jeweils zuständigen Organe ist Dienstpflicht auf Grund des Dienstverhältnisses.

Misstände müssen von einem Organ in folgenden Fällen nicht vertreten werden:

- Wenn die Zuständigkeit zur Beseitigung des Missstandes **außerhalb seines Wirkungsbereiches** liegt (z.B. die notwendigen budgetären, personellen oder raummäßigen Mittel zur Missstands-beseitigung diesem an sich für die Einhaltung bestimmter Vorschriften zuständigen Organ nicht zur Verfügung stehen)
- **und** das formal für den Bedienstetenschutz zuständige Organ (z.B. Dienststellenleiter) nachweislich von dem für die Beseitigung des Missstandes zuständigen Organ dessen Beseitigung verlangt hat.

Pflichten der Bediensteten

Der Schutz des Lebens und der Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung ist eine gemeinschaftliche Aufgabe. Ein wirksamer Schutz bedarf daher auch der tätigen Mithilfe und der Übernahme von Eigenverantwortung durch die Beschäftigten. So treffen nicht nur den Dienstgeber Pflichten, sondern auch die Bediensteten müssen zur Einhaltung der Dienstnehmerschutzbestimmungen beitragen. Diese dienen ihrem eigenen Schutz und dem Schutz ihrer Kolleginnen und Kollegen vor Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Erkrankungen.

Dienstnehmer/innen müssen die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen anwenden, und zwar entsprechend der Unterweisung und den Anweisungen des Dienstgebers.

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Dienstnehmer/innen müssen gemeinsam mit dem Dienstgeber, den Sicherheitsvertrauenspersonen (SVP) und den Präventivdiensten (Sicherheitsfachkräfte, Arbeitsmediziner/innen) darauf hinwirken, dass die vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen eingehalten werden und dass der Dienstgeber gewährleistet, dass das Arbeitsumfeld und die Arbeitsbedingungen sicher sind.

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Bundесdienst gesamt

Überblick	2006
besichtigte Arbeitsstätten	494
Dienststellen, die zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden	93
Dienststellen mit noch offenen Mängeln	4
Unfälle	2044
vorgefundene Mängel	370
schriftliche Aufforderungen, Mängel gesamt	361
offene Mängel	7

Anmerkung zur Mängelbehebung:

Wenn Mängel direkt vor Ort oder noch im Rahmen der Besichtigung behoben wurden bzw. die Mängelbeseitigung durch die Dienststelle noch vor Abfertigung der schriftlichen Aufforderung dem Arbeitsinspektorat zur Kenntnis gebracht wurde, erfolgte keine schriftliche Aufforderung seitens des Arbeitsinspektorates.

Besichtigte Arbeitsstätten - Ressorts	2006
Bundeskanzleramt	3
Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten	1
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	92
Bundesministerium für Finanzen	45
Bundesministerium für Gesundheit und Frauen	1
Bundesministerium für Inneres	203
Bundesministerium für Justiz	35
Bundesministerium für Landesverteidigung	62
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	17
Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz	3
Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	1
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit	29
Sonstige	2
Summe	494

Mängel, schriftliche Aufforderungen	2006
Brandschutz	28
Fluchtwege, Notausgänge	27
Arbeitsmittel	20
Elektrische Anlagen	29
Arbeitsstoffe	20
Lüftung, Klima	26
Sanitär- und Sozialeinrichtungen	19
Beleuchtung, Belichtung	11
Erste Hilfe	14
Verkehrswege	35
Arbeitsräume, Abmessungen	14
Ergonomie allgemein, Arbeitsplätze	18
Bildschirmarbeitsplätze	23
Evaluierung	31
Sicherheitsvertrauenspersonen	12
Sicherheitsfachkräfte, Arbeitsmediziner/innen	7
Persönliche Schutzausrüstung	8
Instandhaltung der Arbeitsstätte, Reinigung	19
Summe	361

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Dienststellen, die schriftlich zur Mängelbehebung aufgefordert wurden nach Ressorts	2006
Bundeskanzleramt	3
Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten	0
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	22
Bundesministerium für Finanzen	7
Bundesministerium für Gesundheit und Frauen	0
Bundesministerium für Inneres	34
Bundesministerium für Justiz	5
Bundesministerium für Landesverteidigung	15
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	4
Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz	1
Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	0
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit	2
Sonstige	0
Summe	93

Anzahl der Mängel, zu deren Behebung schriftlich aufgefordert wurde, nach Ressorts	2006
Bundeskanzleramt	11
Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten	0
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	109
Bundesministerium für Finanzen	33
Bundesministerium für Gesundheit und Frauen	0
Bundesministerium für Inneres	104
Bundesministerium für Justiz	20
Bundesministerium für Landesverteidigung	51
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	29
Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz	2
Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	0
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit	2
Sonstige	0
Summe	361

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Bundeskanzleramt

Bundeskanzleramt	2006
besichtigte Arbeitsstätten	3
Dienststellen, die zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden	3
Dienststellen mit noch offenen Mängeln	0
Unfälle	0
schriftliche Aufforderungen, Mängel gesamt	11
offene Mängel	0

Mängel, schriftliche Aufforderungen	2006
Brandschutz	0
Fluchtwege, Notausgänge	0
Arbeitsmittel	1
Elektrische Anlagen	1
Arbeitsstoffe	0
Lüftung, Klima	0
Sanitär- und Sozialeinrichtungen	0
Beleuchtung, Belichtung	1
Erste Hilfe	0
Verkehrswege	0
Arbeitsräume, Abmessungen	0
Ergonomie allgemein, Arbeitsplätze	2
Bildschirmarbeitsplätze	1
Evaluierung	2
Sicherheitsvertrauenspersonen	0
Sicherheitsfachkräfte, Arbeitsmediziner/innen	2
Persönliche Schutzausrüstung	1
Instandhaltung der Arbeitsstätte, Reinigung	0
Summe	11

Dienststellen, die 2006 zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden:

PLZ	Bundeskanzleramt - 2006	letzte Besichtigung
1220	Bundesbad alte Donau	1997
5020	Bundesdenkmalamt Salzburg	2005
5020	Landeskonservatorat Salzburg	2006

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Auswärtige Angelegenheiten

Auswärtige Angelegenheiten	2006
besichtigte Arbeitsstätten	1
Dienststellen, die zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden	0
Dienststellen mit noch offenen Mängeln	0
Unfälle	2
schriftliche Aufforderungen, Mängel gesamt	0
offene Mängel	0

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Bildung, Wissenschaft und Kultur

Bildung, Wissenschaft und Kultur	2006
besichtigte Arbeitsstätten	92
Dienststellen, die zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden	22
Dienststellen mit noch offenen Mängeln	1
Unfälle	333
schriftliche Aufforderungen, Mängel gesamt	109
offene Mängel	1

Mängel, schriftliche Aufforderungen	2006
Brandschutz	15
Fluchtwege, Notausgänge	13
Arbeitsmittel	10
Elektrische Anlagen	11
Arbeitsstoffe	8
Lüftung, Klima	4
Sanitär- und Sozialeinrichtungen	3
Beleuchtung, Belichtung	1
Erste Hilfe	7
Verkehrswege	8
Arbeitsräume, Abmessungen	3
Ergonomie allgemein, Arbeitsplätze	2
Bildschirmarbeitsplätze	1
Evaluierung	11
Sicherheitsvertrauenspersonen	6
Sicherheitsfachkräfte, Arbeitsmediziner/innen	1
Persönliche Schutzausrüstung	1
Instandhaltung der Arbeitsstätte, Reinigung	4
Summe	109

Dienststellen, die 2006 zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden:

PLZ	Dienststelle (BMBWK) - 2006	letzte Besichtigung
1010	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Concordiaplatz 1	2005
1140	Bundesrealgymnasium Linzerstraße 146	1999
2700	Höhere Technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Wr. Neustadt	1999
3340	Höhere Technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Waidhofen/Ybbs	2003
6020	Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe und Höhere technische und gewerbliche Bundeslehranstalt Innsbruck	2003
6020	Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium Innsbruck	2005
6022	Pädagogische Akademie des Bundes in Tirol Innsbruck	2004
6300	Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium Wörgl	2004
6652	Holzschnitzschule Elbigenalp	2005
6800	Bundeshandelsakademie Feldkirch	2005
6900	Bundesgymnasium Bregenz	2005
6900	Bundeshandelsakademie Bregenz	2005
7000	Bundesgymnasium Kurzwiese Eisenstadt	2005

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

PLZ	Dienststelle (BMBWK) - 2006	letzte Besichtigung
7000	Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Eisenstadt	1986
7100	Bundesgymnasium Neusiedl/See	2006
7400	Höhere Lehranstalten für Mode, Produktmanagement und Präsentation, Tourismus und Wirtschaft Oberwart	2005
7432	Bundesgymnasium Oberschützen	2000
8040	Höhere Bundeslehranstalt für Mode und Bekleidungstechnik Graz	2005
8051	Höhere Technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Bulme Graz	2006
8160	Höhere Bundeslehranstalt Weiz	1992
8190	Bundesrealgymnasium Birkfeld	2000
9020	Pädagogische Akademie Klagenfurt	1993

Dienststellen mit noch nicht behobenen Mängeln

Bundesgymnasium Neusiedl / See

Die dazu vom Arbeitsinspektorat festgestellten Mängel betrafen die Sicherstellung der Flucht im Gefahrenfall.

Die zuständige Schulaufsichtsbehörde, der Landesschulrat für Burgenland, nahm dazu wie folgt Stellung:

Das Gebäude steht im Eigentum der BIG. In Abstimmung mit der BIG und dem BMUKK erfolgt eine Sanierung und Erweiterung. Der geplante Verlauf:

- Planerfindung bis Oktober 2007
- genehmigter Entwurf bis Oktober 2008
- Sanierungs- bzw. Baubeginn geplant Juni 2009

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Finanzen

Finanzen	2006
besichtigte Arbeitsstätten	45
Dienststellen, die zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden	7
Dienststellen mit noch offenen Mängeln	1
Unfälle	18
schriftliche Aufforderungen, Mängel gesamt	33
offene Mängel	2

Mängel, schriftliche Aufforderungen	2006
Brandschutz	4
Fluchtwege, Notausgänge	4
Arbeitsmittel	0
Elektrische Anlagen	0
Arbeitsstoffe	2
Lüftung, Klima	0
Sanitär- und Sozialeinrichtungen	3
Beleuchtung, Belichtung	0
Erste Hilfe	2
Verkehrswege	4
Arbeitsräume, Abmessungen	1
Ergonomie allgemein, Arbeitsplätze	3
Bildschirmarbeitsplätze	3
Evaluierung	3
Sicherheitsvertrauenspersonen	2
Sicherheitsfachkräfte, Arbeitsmediziner/innen	0
Persönliche Schutzausrüstung	0
Instandhaltung der Arbeitsstätte, Reinigung	2
Summe	33

Dienststellen, die 2006 zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden:

PLZ	Dienststelle (BMF) - 2006	letzte Besichtigung
1150	Finanzamt f.d. 12., 13., 14., 23. Bezirk und Purkersdorf, Ullmannstraße 54	2000
1220	Finanzamt f.d. 21. und 22. Bezirk, Dr. Adolf Schärff-Platz 2	2006
2020	Finanzamt Hollabrunn	2006
2130	Finanzamt Mistelbach	2003
4400	Finanzamt Steyr	2004
5020	Zollamt Salzburg	2002
7400	Finanzamt Bruck-Eisenstadt-Oberwart	2006

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Dienststellen mit noch nicht behobenen Mängeln

Finanzamt Bruck-Eisenstadt-Oberwart

Die dazu vom Arbeitsinspektorat festgestellten Mängel betrafen die Lüftung einer WC-Anlage im Kellergeschoss und die Sicherstellung der Flucht im Gefahrenfall.

Das Bundesministerium für Finanzen nahm dazu wie folgt Stellung:

Die Ausstattung der WC-Anlagen mit einer ausreichenden Be- und Entlüftung wird durch den Hauseigentümer BIG ehestmöglich veranlasst. Da sich im Kellergeschoss eine zweite WC-Anlage befindet, wurde die beanstandete WC-Anlage bis zum Abschluss der Adaptierungsanlagen gesperrt.

Zur Sicherstellung der Flucht im Gefahrenfall wurde ein Maßnahmenblatt zur Behebung der Mängel bereits am 29.5.2005 an die BIG zur Umsetzung übermittelt.

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Gesundheit und Frauen

Gesundheit und Frauen	2006
besichtigte Arbeitsstätten	1
Dienststellen, die zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden	0
Dienststellen mit noch offenen Mängeln	0
Unfälle	31
schriftliche Aufforderungen, Mängel gesamt	0
offene Mängel	0

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Inneres

Inneres	2006
besichtigte Arbeitsstätten	203
Dienststellen, die zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden	34
Dienststellen mit noch offenen Mängeln	0
Unfälle	1072
schriftliche Aufforderungen, Mängel gesamt	104
offene Mängel	0

Mängel, schriftliche Aufforderungen	2006
Brandschutz	3
Fluchtwege, Notausgänge	4
Arbeitsmittel	1
Elektrische Anlagen	11
Arbeitsstoffe	1
Lüftung, Klima	11
Sanitär- und Sozialeinrichtungen	9
Beleuchtung, Belichtung	5
Erste Hilfe	3
Verkehrswege	15
Arbeitsräume, Abmessungen	3
Ergonomie allgemein, Arbeitsplätze	6
Bildschirmarbeitsplätze	14
Evaluierung	6
Sicherheitsvertrauenspersonen	0
Sicherheitsfachkräfte, Arbeitsmediziner/innen	2
Persönliche Schutzausrüstung	1
Instandhaltung der Arbeitsstätte, Reinigung	9
Summe	104

Dienststellen, die 2006 zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden:

PLZ	Dienststelle (BMI) - 2006	letzte Besichtigung
1150	Polizeiinspektion Felberstraße 1	2005
1220	Polizeiinspektion, Rennbahnweg 27	2005
3033	Polizeiinspektion Altengbach	2003
3071	Polizeiinspektion Böheimkirchen	2005
3500	Polizeiinspektion Krems/Donau	2006
3580	Polizeiinspektion Horn	2005
3970	Polizeiinspektion Weitra	2005
3971	Grenzpolizeiinspektion Harmannschlag 74	2005
4752	Polizeiinspektion Riedau	1991
4843	Polizeiinspektion Ampflwang/Hausruck	1989
4924	Polizeiinspektion Waldzell	1995
5020	Polizeiinspektion Rathaus Salzburg	2006
5112	Polizeiinspektion Lamprechtshausen	1995
6100	Polizeiinspektion Seefeld	1998
7522	Polizeiinspektion Strem	2005
8052	Landespolizeikommando Steiermark Graz	2006
8132	Polizeiinspektion Kirchdorf/Pernegg	2000
8160	Polizeiinspektion Weiz	1992

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

PLZ	Dienststelle (BMI) - 2006	letzte Besichtigung
8382	Polizeiinspektion Mogersdorf	2004
8600	Polizeiinspektion Bruck/Mur	2005
8605	Polizeiinspektion Kapfenberg/Schirmitzbühel	2006
8614	Polizeiinspektion St. Jakob/Breitenau	2002
8621	Polizeiinspektion Thörl	2000
8630	Polizeiinspektion Mariazell	2001
8632	Polizeiinspektion Gusswerk	2001
8641	Polizeiinspektion St. Marein/Mürztal	2003
9071	Polizeiinspektion Köttmannsdorf	2002
9184	Polizeiinspektion St. Jakob/Rosental 88	2002
9201	Landespolizeikommando Kärnten Krumpendorf	2003
9470	Polizeiinspektion St. Paul/Lavanttal	2000
9520	Polizeiinspektion Sattendorf	2001
9620	Polizeiinspektion Hermagor	2003
9623	Polizeiinspektion St. Stefan/Gailtal	2004
9800	Polizeiinspektion Spittal/Drau	2001

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Justiz

Justiz	2006
besichtigte Arbeitsstätten	35
Dienststellen, die zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden	5
Dienststellen mit noch offenen Mängeln	1
Unfälle	66
schriftliche Aufforderungen, Mängel gesamt	20
offene Mängel	1

Mängel, schriftliche Aufforderungen	2006
Brandschutz	2
Fluchtwege, Notausgänge	1
Arbeitsmittel	2
Elektrische Anlagen	1
Arbeitsstoffe	0
Lüftung, Klima	3
Sanitär- und Sozialeinrichtungen	1
Beleuchtung, Belichtung	1
Erste Hilfe	0
Verkehrswege	2
Arbeitsräume, Abmessungen	3
Ergonomie allgemein, Arbeitsplätze	1
Bildschirmarbeitsplätze	2
Evaluierung	1
Sicherheitsvertrauenspersonen	0
Sicherheitsfachkräfte, Arbeitsmediziner/innen	0
Persönliche Schutzausrüstung	0
Instandhaltung der Arbeitsstätte, Reinigung	0
Summe	20

Dienststellen, die 2006 zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden:

PLZ	Dienststelle (BMJ) - 2005	letzte Besichtigung
1080	Staatsanwaltschaft Wien, Landesgerichtsstraße 11	2006
3500	Justizanstalt Krems	2006
6800	Justizanstalt Feldkirch	2005
7000	Justizanstalt Eisenstadt	1997
2225	Bezirksgericht Zistersdorf	2000

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Dienststellen mit noch nicht behobenen Mängeln

Staatsanwaltschaft Wien, Landesgerichtsstraße 11

Die dazu vom Arbeitsinspektorat festgestellten Mängel betrafen die bei weitem zu hohe Raumtemperatur in Arbeitsräumen des 4. Obergeschosses. Aus eingesehenen Aufzeichnungen über durchgeführte Temperaturmessungen ging hervor, dass mitunter Raumtemperaturen von über 40° C aufgetreten sind.

Zur Feststellung des Arbeitsinspektorats ist anzumerken, dass Raumlufttemperaturen, die über der Temperatur der Umgebung liegen, den Dienstgeber verpflichten, Maßnahmen zu ergreifen, um nach Möglichkeit eine Temperaturabsenkung zu erreichen. Das Arbeitsinspektorat stellte hiezu fest, dass die möglichen Maßnahmen zur Temperaturabsenkung keineswegs ausgeschöpft waren.

Das Bundesministerium für Justiz nahm dazu wie folgt Stellung:

Vom Bundesministerium für Justiz wurde die BIG als Eigentümer des Gebäudes 1080 Wien, Landesgerichtsstraße 11, ersucht, die technischen Möglichkeiten zur Schaffung eines gesetzlich vertretbaren Zustandes des Raumklimas bei den im Dachgeschoß gelegenen Amtsräumen der Staatsanwaltschaft Wien zu prüfen. Als nicht geeignete Maßnahme hat sich die Aufstellung mobiler Klimageräte erwiesen, da die erzielte Raumtemperatursenkung lediglich 2-3 Grad betrug. Als geeignete Lösung wurde die Anbringung von Außenjalousien (außen liegenden Wintergartenmarkisen) angesehen. Auf Grund der exorbitant hohen Kosten (rd. 250.000 €) und des Umstandes, dass mittelfristig ein Teil der Bediensteten in ein neues Gerichtsgebäude übersiedeln sollen, wird versucht, durch organisatorische Maßnahmen (Verwendung der Räume für Funktionen, die nicht mit ständiger Anwesenheit verbunden sind) Abhilfe zu schaffen. Die diesbezüglichen funktionalen und organisatorischen Raumzuteilungen werden derzeit geprüft.

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Landesverteidigung

Landesverteidigung	2006
besichtigte Arbeitsstätten	62
Dienststellen, die zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden	15
Dienststellen mit noch offenen Mängeln	0
Unfälle	451
schriftliche Aufforderungen, Mängel gesamt	51
offene Mängel	0

Mängel, schriftliche Aufforderungen	2006
Brandschutz	2
Fluchtwege, Notausgänge	2
Arbeitsmittel	4
Elektrische Anlagen	2
Arbeitsstoffe	6
Lüftung, Klima	6
Sanitär- und Sozialeinrichtungen	2
Beleuchtung, Belichtung	0
Erste Hilfe	1
Verkehrswege	5
Arbeitsräume, Abmessungen	3
Ergonomie allgemein, Arbeitsplätze	2
Bildschirmarbeitsplätze	1
Evaluierung	9
Sicherheitsvertrauenspersonen	3
Sicherheitsfachkräfte, Arbeitsmediziner/innen	2
Persönliche Schutzausrüstung	2
Instandhaltung der Arbeitsstätte, Reinigung	2
Summe	51

Dienststellen, die 2006 zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden:

PLZ	Dienststelle (BMLV) - 2006	letzte Besichtigung
1031	Heereslogistikentrum Wien, Kelsenstraße 4	2001
1140	Kommandogebäude General Körner, Hütteldorferstraße 126	2005
1140	Maria-Theresienkaserne, Betriebsversorgungsstelle, Breiten-seer Straße 88	2002
2460	Benedek-Kaserne Bruckneudorf	2005
2603	Panzergrenadierbataillon Ebenfurth	2000
3390	Birago-Kaserne Melk	2003
3425	Fliegerhorst Brumowski Langenlebarn	2006
3804	Truppenübungsplatz Allentsteig Lager Kaufholz	2003
3804	Truppenübungsplatz und Wasserversorgungsanlage Al-lentsteig	2003
3804	Wasserversorgungsanlage Allentsteig	2003
5600	Krobatinkaserne St. Johann	2005
7000	Martinskaserne Eisenstadt	2005
9010	Lutschounig Kaserne Klagenfurt	2003
9524	Pionierbataillon 1, Rohrkaserne Villach-Seebad	1997
6395	Truppenübungsplatz Hochfilzen	2002

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	2006
besichtigte Dienststellen	17
Dienststellen, die zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden	4
Dienststellen mit noch offenen Mängeln	1
Unfälle	2
schriftliche Aufforderungen, Mängel gesamt	29
offene Mängel	3

Mängel, schriftliche Aufforderungen	2006
Brandschutz	1
Fluchtwege, Notausgänge	2
Arbeitsmittel	2
Elektrische Anlagen	3
Arbeitsstoffe	3
Lüftung, Klima	2
Sanitär- und Sozialeinrichtungen	1
Beleuchtung, Belichtung	2
Erste Hilfe	1
Verkehrswege	1
Arbeitsräume, Abmessungen	1
Ergonomie allgemein, Arbeitsplätze	2
Bildschirmarbeitsplätze	1
Evaluierung	2
Sicherheitsvertrauenspersonen	1
Sicherheitsfachkräfte, Arbeitsmediziner/innen	0
Persönliche Schutzausrüstung	2
Instandhaltung der Arbeitsstätte, Reinigung	2
Summe	29

Dienststellen, die 2006 zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden:

PLZ	Dienststelle (BMLFUW) - 2006	letzte Besichtigung
8951	Höhere Bundeslehr- und Forschungsanstalt für Landwirtschaft Raumberg und Gumpenstein	2006
1140	Bundesforschungs- und Ausbildungszentrum für Wald, Naturgefahren und Landwirtschaft, Hauptstraße 32-34	2001
3500	Bundesamt für Weinbau Krems	2001
7000	Bundesanstalt für Weinbau Eisenstadt	2006

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Dienststellen mit noch nicht behobenen Mängeln

Höhere Bundeslehr- und Forschungsanstalt für Landwirtschaft Raumberg und Gumpenstein

Die dazu vom Arbeitsinspektorat festgestellten Mängel betrafen den Zustand von Laboreinrichtungen, die Fluchtwegsorientierungsbeleuchtung und weiters die Beschaffenheit von Arbeitsräumen.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nahm dazu wie folgt Stellung:

Die Sanierung der Laboreinrichtungen im In-Vitro-Labor wird im Sommer 2007 erfolgen.

Die Beseitigung der Mängel an der Fluchtwegsorientierungsbeleuchtung wurde bereits begonnen und wird laufend fortgesetzt.

Die Sanierung des beanstandeten Arbeitsraumes (Anmerkung: Beanstandet wurde die zu geringe Raumgröße sowie der vorhandene Geräuschpegel) wird 2008 erfolgen.

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz

Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz	2006
besichtigte Arbeitsstätten	3
Dienststellen, die zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden	1
Dienststellen mit noch offenen Mängeln	0
Unfälle	26
schriftliche Aufforderungen, Mängel gesamt	2
offene Mängel	0

Mängel, schriftliche Aufforderungen	2006
Brandschutz	1
Fluchtwege, Notausgänge	1
Arbeitsmittel	0
Elektrische Anlagen	0
Arbeitsstoffe	0
Lüftung, Klima	0
Sanitär- und Sozialeinrichtungen	0
Beleuchtung, Belichtung	0
Erste Hilfe	0
Verkehrswege	0
Arbeitsräume, Abmessungen	0
Ergonomie allgemein, Arbeitsplätze	0
Bildschirmarbeitsplätze	0
Evaluierung	0
Sicherheitsvertrauenspersonen	0
Sicherheitsfachkräfte, Arbeitsmediziner/innen	0
Persönliche Schutzausrüstung	0
Instandhaltung der Arbeitsstätte, Reinigung	0
Summe	2

Dienststellen, die 2006 zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden:

PLZ	Dienststelle (BMSG) - 2006	letzte Besichtigung
6903	Bundessozialamt Bregenz	2003

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG**Verkehr, Innovation und Technologie**

Verkehr, Innovation und Technologie	2006
besichtigte Arbeitsstätten	1
Dienststellen, die zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden	0
Dienststellen mit noch offenen Mängeln	0
Unfälle	1
schriftliche Aufforderungen, Mängel gesamt	0
offene Mängel	0

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Wirtschaft und Arbeit

Wirtschaft und Arbeit	2006
besichtigte Arbeitsstätten	29
Dienststellen, die zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden	2
Dienststellen mit noch offenen Mängeln	0
Unfälle	9
schriftliche Aufforderungen, Mängel gesamt	2
offene Mängel	0

Mängel, schriftliche Aufforderungen	2006
Brandschutz	0
Fluchtwege, Notausgänge	0
Arbeitsmittel	0
Elektrische Anlagen	0
Arbeitsstoffe	0
Lüftung, Klima	0
Sanitär- und Sozialeinrichtungen	0
Beleuchtung, Belichtung	1
Erste Hilfe	0
Verkehrswege	0
Arbeitsräume, Abmessungen	0
Ergonomie allgemein, Arbeitsplätze	0
Bildschirmarbeitsplätze	0
Evaluierung	0
Sicherheitsvertrauenspersonen	0
Sicherheitsfachkräfte, Arbeitsmediziner/innen	0
Persönliche Schutzausrüstung	1
Instandhaltung der Arbeitsstätte, Reinigung	0
Summe	2

Dienststellen, die 2006 zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden:

PLZ	Dienststelle (BMWA) - 2006	letzte Besichtigung
3500	Eichamt Krems	2006
4150	Vermessungsamt Rohrbach	1997

BEANSTANDUNGEN UND MÄNGELBEHEBUNG

Sonstige Dienststellen

Sonstige Dienststellen des Bundes	2006
besichtigte Arbeitsstätten *)	2
Dienststellen, die zur Mängelbehebung schriftlich aufgefordert wurden	0
Dienststellen mit noch offenen Mängeln	0
Unfälle	33
schriftliche Aufforderungen, Mängel gesamt	0
offene Mängel	0

*) Akademie der Wissenschaften und Parlament

BEITRÄGE DER ARBEITSINSPEKTORATE

BEITRÄGE DER ARBEITSINSPEKTORATE

Sanierung des Parlaments, Zusammenarbeit zwischen dem Arbeitsinspektorat, Parlamentsdirektion und Planer/innen

Arbeitsinspektorat für den 1. Aufsichtsbezirk, Wien

Nach der Generalsanierung der Rampen- und Brunnenanlage und der Errichtung eines mehrgeschossigen unterirdischen Besucherzentrums mit Vortragsaal und Ausstellungsräumen sowie einem TV- und Hörfunkstudio des ORF, ein Vorhaben, welches mit der Eröffnung dieser Einrichtungen am 26.10.2005 offiziell abgeschlossen war, wurde der schon während der Planungs- und Umsetzungsphase entstandene äußerst intensive Kontakt zwischen der Parlamentsdirektion und dem Arbeitsinspektorat beibehalten und noch weiter intensiviert bzw. auf die Bearbeitung neuer Projekte im Parlamentsgebäude ausgedehnt.

Gemeinsam mit diesen Neuerrichtungen wurden die am Dr.-Karl-Renner-Ring gelegenen Zugänge zum und die Fluchtwege aus dem Parlament sowie die dortige Infrastruktur völlig neu gestaltet und die erforderlichen Gebäudesicherheitseinrichtungen eingebracht. Bei der Planung und Ausführung der Fluchtwege im Bereich des Besucherzentrums wurde in Zusammenarbeit mit der Wiener Berufsfeuerwehr und einem mit Fragen des Schutzes behinderter Personen besonders vertrauten Architekten darauf Bedacht genommen, dass für bewegungsbehinderte Personen, insbesondere für Rollstuhlfahrer/innen, grundsätzlich zwei Fluchtwegvarianten bestehen:

Variante 1:

Ein Fluchtweg in das jeweils nächstgelegene Stiegenhaus, also in einen gesicherten Fluchtbereich, den auch die gehfähigen Personen benützen. Im Bereich der Stiegenhauspodeste wurden abseits der Verkehrswege geeignete Aufenthaltszonen geschaffen, von wo aus eine leicht bedienbare und deutlich gekennzeichnete Sprechverbindung zur einer ständig besetzten Stelle, der Sicherheitszentrale, besteht, die dann für eine Abholung (Rettung) der Personen durch eigenes Personal oder durch die Einsatzkräfte der Berufsfeuerwehr sorgt. Die Stiegenhäuser und somit auch die Wartepplätze für die abzuholenden Personen sind mit Druckbelüftungsanlagen ausgestattet worden, um während der Flucht bzw. des Aufenthaltes eine von Brandrauch weitgehend freie Atmosphäre zu gewährleisten.

Variante 2:

Zusätzlich zu dem allgemeinen Fluchtweg wurde für bewegungsbehinderte Personen ein zweites Fluchtwegsystem geschaffen, welches das selbstständige Entfernen aus dem Gefahrenbereich ermöglichen soll. Es besteht darin, dass zwei der im „Altbau“ des Parlaments vorhandenen Aufzüge behindertengerecht adaptiert wurden und in allen Untergeschossen des Besucherzentrums brandbeständig ausgestattete Fluchtgänge zu diesen Aufzügen hergestellt wurden. Wenn in einem Brandfall, der bloß das Besucherzentrum betrifft, diese beiden Aufzüge weiterhin unbeeinträchtigt benutzbar sind, was durch eine Vollschutzbrandmeldeanlage überwacht wird, kann von der Sicherheitszentrale aus ein zweites System der Fluchtwegsorientierungsbeleuchtung aktiviert werden. Dieses besteht aus Rettungszeichenleuchten, die gestalterisch von den Bestim-

BEITRÄGE DER ARBEITSINSPEKTORATE

mungen der Kennzeichnungsverordnung abgeleitet wurden und zusätzlich das „Rollstuhlfahrersymbol“ zeigen. An bestimmten Punkten der Fluchtwege ist nun ein Abzweigen von den „allgemeinen“ Fluchtwegen (die in die Stiegenhäuser führen) zu den genannten Aufzügen möglich und wird dort angezeigt. Die Bedienung der Aufzüge kann mit dem „Euroschlüssel“ auch selbstständig erfolgen. Auf den Wegen zu den Aufzügen sind mehrere Sprechstellen zur Kontaktaufnahme mit der Sicherheitszentrale vorhanden. Personen, die bewegungsbehindert sind und diesen Bereich betreten bzw. benutzen, sollen in geeigneter Weise auf diese Möglichkeiten hin unterwiesen werden.

Die Zusammenarbeit zwischen der Parlamentsdirektion (Technische Gebäudeverwaltung) und dem Arbeitsinspektorat bestand im Jahr 2006 hauptsächlich darin, diese Fluchtwegesystematik zu evaluieren und Verbesserungsmaßnahmen zu definieren bzw. umzusetzen und nach Besiedelung des Gebäudes Kontrollen hinsichtlich der Umsetzung der erforderlichen Dienstnehmerschutzmaßnahmen durchzuführen. Aufgrund der bewährten, hervorragenden Zusammenarbeit gelang dies in weiten Bereichen auf unbürokratische Weise, insbesondere durch das Beiziehen der Planungsverantwortlichen bzw. der ausführenden Firmen an den gemeinsamen Besichtigungen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit des Arbeitsinspektorates lag in der Einbindung in die Planung des Umbaues der Bibliothek und des dortigen Umfeldes. In mehreren Planungsgesprächen wurden die grundlegenden Erfordernisse des Dienstnehmerschutzes definiert und dabei auch die Möglichkeit der Nutzung dieser Räume durch behinderte Personen nicht außer Acht gelassen. Wiederum bewährte sich die gute Zusammenarbeit zwischen Parlamentsdirektion, den Planer/innen und dem Arbeitsinspektorat, was angesichts der schwierigen, stark von denkmalschützerischen Aspekten beeinflussten Gebäudestruktur von großem Vorteil war. Es musste ein neues Fluchtwegekonzept für diesen Bereich erstellt werden, welches auch weitreichende Auswirkungen auf das restliche Parlamentsgebäude hat, die insbesondere darin bestehen, dass die Fluchtwege über die Höfe bis ins Freie zu führen sind und gleichzeitig die Erfordernisse der Gebäudesicherheit beachtet werden mussten.

Abschließend wäre noch zu erwähnen, dass das Arbeitsinspektorat auch in die Vorgespräche mit den Planer/innen hinsichtlich der Adaptierung des Nationalratssitzungssaales und der Schaffung von zusätzlichen Räumen für die parlamentarischen Clubs eingebunden war. In allen Umbauvorhaben spielten die Verbesserung des Brandschutzes und auch die Erweiterung bzw. Neuherstellung einer Sicherheitsbeleuchtung in den Arbeitsräumen und auf den Fluchtwegen eine übergeordnete Rolle: Insbesondere die Sicherheitsbeleuchtung betreffend sieht das Arbeitsinspektorat noch großen und unmittelbaren Handlungsbedarf und möchte daher auch an dieser Stelle ganz besonders auf die Notwendigkeit zur Sicherstellung der erforderlichen - vornehmlich finanziellen - Ressourcen hinweisen.

BEITRÄGE DER ARBEITSINSPEKTORATE

Umbauten, Generalsanierungen und Neubauten von Bundesdienststellen

Arbeitsinspektorat für den 1. Aufsichtsbezirk, Wien

Dienststellen des Bundes sind überwiegend in Gebäuden untergebracht, die unter Denkmalschutz stehen. Daraus folgt, dass Veränderungen an Fassaden nur mit Zustimmung des Bundesdenkmalamtes vorgenommen werden können. Insbesondere sind Belichtungsflächen (Fenster) somit straßenseitig größen- und lagemäßig vorgegeben. Hofseitig werden, abhängig vom Projekt, Verbesserungen mitunter zugelassen, um die Belichtungssituation zu verbessern. Dies gilt auch bei Dachausbauten, wo Dachflächenfenster und manchmal auch Gaupen zugelassen werden.

Probleme bestehen bei Toren und Türen, die sich nicht in Fluchrichtung öffnen lassen, da sie aufgrund des Denkmalschutzes und der Bauordnung nicht verändert werden dürfen. Als Abhilfe werden mitunter notstromversorgte, durch Not-taster elektromotorisch öffnbare Türmechanismen verwendet, die auch an die Brandmeldeanlage angeschlossen sind.

Größere Sanierungen bieten auch die Möglichkeit für das Arbeitsinspektorat, dass die Anforderungen der Bundes-Bildschirm-Arbeitsverordnung bereits im Planungsstadium erfüllt werden können, indem Lichtbänder parallel zu den Fenstern installiert werden, sodass sich ein rechtwinkliger Raster von natürlicher Belichtung und künstlicher Beleuchtung mit 500 Lux am Arbeitstisch ergibt.

Finanzministerium Himmelfortgasse, Johannesgasse - Generalsanierung

Arbeitsinspektorat für den 1. Aufsichtsbezirk, Wien

Die barocke Prunkstiege wurde mit einer Brandrauchentlüftung versehen, deren Leitung am oberen Ende des Stiegenhauses seitlich verlässt, in einem Nebenraum an der Decke geführt, den Dachboden durchlaufend und von dort schlussendlich ins Freie mündet. Auf diese Weise konnte das denkmalgeschützte Aussehen der Prunkstiege gewahrt werden und die derzeitigen brandschutztechnischen Anforderungen an das Stiegenhaus erfüllt werden.

Um einen wirksamen Schutz vor Rauchausbreitung im Brandfall durch die Aufzugsschächte zu gewährleisten, werden Türen in rauchdichter Bauweise vorge-setzt bzw. eigene Schleusen geschaffen.

Auf Wunsch des Bundesdenkmalamtes werden Zwischenwände entfernt, um den ursprünglichen Eindruck der Räumlichkeiten wiederherzustellen. Diese so entstandenen größeren Büroeinheiten werden mit Wänden aus Sicherheitsglas in der Art von Kombibüros unterteilt.

Finanzministerium, Hintere Zollamtstraße – Neubau

Arbeitsinspektorat für den 1. Aufsichtsbezirk, Wien

Um das historische Finanzministerium (Winterpalais des Prinzen Eugen) renovieren und umbauen zu können, wurde das bestehende Gebäude abgetragen und ein neues errichtet. Die Umsiedlung des Finanzministeriums erfolgte im Sommer 2007.

Im Erdgeschoss des Ausweichgebäudes befindet sich eine Kantine, die als eigener Brandabschnitt ausgebildet ist. Die darüber gelegenen zwölf Oberge-

BEITRÄGE DER ARBEITSINSPEKTORATE

schosse sind um zwei Innenhöfe angeordnet, die als Büroräume für die Bundesbediensteten genutzt werden. Die beiden Innenhöfe werden durch Dachverglasungen vor Niederschlag geschützt und über die Attika belüftet. Zur Reinigung dient ein innenseitig angebrachter Arbeitskorb.

In vertikaler Richtung wird das Gebäude durch vier Hauptstiegenhäuser und zwei Nebestiegenhäuser erschlossen, die druckbelüftet sind. Weiters wurden eine Fahrtreppe und neun Lifte eingebaut, um das Gebäude auch behindertengerecht zu erschließen.

In den Innenhöfen sind in den oberen Geschossen Verbindungsgänge angeordnet, die mit Brüstungen aus transparentem Sicherheitsglas ausgestattet sind, um möglichst viel Tageslicht in die dort befindlichen Büros einfallen zu lassen.

Das Gebäude ist mit Brandvollschutz ausgestattet. Die Glasfassade ist aus Zweifach-Isolierglas hergestellt. Im Bereich des Fußbodens bzw. der Decke ist es mit emailliertem Glas versehen. Um einen Brandüberschlag über die Geschosse zu verhindern, ist glasseitig eine Sprinkleranlage eingebaut.

Hofburg, Kesselhaushof – Anbau

Arbeitsinspektorat für den 1. Aufsichtsbezirk, Wien

Für die EU-Präsidenschaft Österreichs im Jahr 2006 wurde in der Hofburg im Bereich des Kesselhaushofes ein Anbau in Glasstahlkonstruktion errichtet. Die in den drei Geschossen vorgenommene Erweiterung schafft Platz für drei Konferenzsäle. Ein Lasten- und Personenlift wurde eingebaut und die WC-Gruppen wurden umgebaut.

Wachzimmer Rennbahnweg

Arbeitsinspektorat für den 6. Aufsichtsbezirk, Wien

Vor ca. zwei Jahren wurden aus Wärmeschutzgründen eine Vollwärmeschutzfassade am Gebäude angebracht und die Fenster erneuert. Damit wurde jedoch der vorher bestandene natürliche Luftaustausch über undichte Fenster bzw. durch die Wände unterbunden. Die im Raum vorhandene Luftfeuchtigkeit konnte nicht abtransportiert werden und kondensierte an den Wänden; es entstand Schimmelpilz. Die Beseitigung der Mängel wurde der Dienststelle schriftlich aufgetragen.

Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie

Arbeitsinspektorat für den 9. Aufsichtsbezirk in Linz

Im Vorfeld einer Übersiedlung in ein gemeinsames Amtsgebäude konnte die Arbeitsinspektion mit Vorinformationen über die baulichen Anforderungen im Sinne der Bundes-Arbeitsstättenverordnung insbesondere die Personalvertreter/innen und Präventivfachkräfte bei der Auswahl und Beurteilung unterstützen.

Bedingt durch die Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie sind die Ansprechpersonen für die Personalvertreter/innen im Bereich der Vertreter/innen der Dienstgeber teils abhanden gekommen bzw. wurden im Bereich der Präventivfachkräfte und Sicherheitsvertrauenspersonen Neustrukturierungen vorgenommen.

BEITRÄGE DER ARBEITSINSPEKTORATE

Amtsgebäude oder Änderungen an Amtsgebäuden sind nach dem Bundes-Bedienstetenschutzgesetz nicht genehmigungspflichtig. Einer funktionierenden Zusammenarbeit zwischen dem Dienstgeber, den Präventivfachkräften, der Personalvertretung und dem Arbeitsinspektorat kommt daher besondere Bedeutung zu.

Übersiedlung der Polizeiinspektion Salzburg

Arbeitsinspektorat für den 10. Aufsichtsbezirk in Salzburg

In der Stadt Salzburg soll eine Polizeiinspektion von der Altstadt in die Neustadt übersiedelt werden, da die räumlichen Voraussetzungen für die nunmehrigen Anforderungen nicht mehr gegeben sind. Gegen diese Übersiedlung stellt sich die Stadtverwaltung.

Von der Stadt wurden der Polizei zusätzliche Räume am bestehenden Standort angeboten. Auf Ersuchen der Arbeitsmedizinerin der Polizeidirektion wurden diese angebotenen Räumlichkeiten vom Arbeitsinspektorat besichtigt und es musste festgestellt werden, dass die angebotenen Räume den Anforderungen der Bundes-Arbeitsstättenverordnung nicht entsprechen.

Nunmehr wurde vom Innenministerium vorgeschlagen, die Polizeiinspektion zwar zu verlegen, aber am bestehenden Standort eine verkleinerte Einsatzgruppe zu belassen.

Justizanstalt Salzburg

Arbeitsinspektorat für den 10. Aufsichtsbezirk in Salzburg

Von der Justizanstalt wird bei Arbeitsunfällen von Insassen der Justizanstalt das Arbeitsinspektorat ersucht, die Maschinen und Geräte, an denen es zu den Unfällen kam, zu besichtigen und zu überprüfen, ob sie den Sicherheitsvorschriften entsprechen. Diesem Ersuchen wird im Wege der Amtshilfe regelmäßig entsprochen.

Chlorgas in der Grazer Polizeidirektion

Arbeitsinspektorat für den 11. Aufsichtsbezirk in Graz

Im September 2006 wurde vom Strahlenspürtrupp des Landespolizeikommandos Steiermark in den Räumen der Polizeiinspektion Graz ein erhöhtes Aufkommen von Gasen, darunter Chlorgas, gemessen. Der Chlorgasgeruch war schon seit längerem von den Bediensteten wahrgenommen worden und hatte zuletzt stark zugenommen.

Nachdem ein Raum, in dem die schädlichen Stoffe aus dem Gemäuer entweichen, im Gebäudeinneren lokalisiert werden konnte, wurde dieser Raum sowie die umgebenden Räume versiegelt. Durch laufende Messungen wurde sichergestellt, dass eine weitere gesundheitliche Gefährdung ausgeschlossen werden konnte. Die dort beschäftigten Bediensteten wurden in der Folge intensiv arbeitsmedizinisch betreut und es wurde ihnen eine medizinisch-toxikologische Unterstützung angeboten.

Die Gründe für die Verseuchung sind bis dato nicht restlos geklärt. Es wird vermutet, dass es sich um Ausschwemmungen aus der Abraumhalde des ehemaligen Bürgerspitals handelt. Da die Möglichkeiten einer baulichen Sanierung noch

BEITRÄGE DER ARBEITSINSPEKTORATE

nicht abgeschätzt werden können, wird die Dienststelle noch in den nächsten Monaten aus dem betroffenen Gebäudeteil abgesiedelt. Die Umsiedlung der betroffenen Bediensteten in ein anderes Gebäude ist erfolgt; nach Rückfrage durch das Arbeitsinspektorat Graz gibt es auch keine weiteren Beschwerden von Bediensteten.

Polizeiinspektion Feldkirch

Arbeitsinspektorat für den 15. Aufsichtsbezirk in Bregenz

Die Polizeiinspektion Feldkirch war bis zum Jahr 2006 in den heutigen Erfordernissen nicht mehr entsprechenden Räumlichkeiten untergebracht. So befanden sich z.B. die sehr kleinen Gardaroberäume im Kellergeschoss, während sich die Diensträume über das erste und zweite Obergeschoss erstreckten. In den Diensträumen herrschten sehr beengte Raumverhältnisse, auch waren raumklimatische Probleme sowie Lärmprobleme aufgrund der neben der Polizeiinspektion vorbeiführenden sehr stark befahrenen Landesstraße vorhanden.

Nach langwierigen Verhandlungen, welche sich über Jahre hinzogen, und anschließender Planung, bei denen jeweils das Arbeitsinspektorat mit einbezogen wurde, erging am 20. Oktober 2005 der Baubescheid für den Neubau. Bereits Ende November 2006 war das Gebäude bezugsbereit.

Generalsanierung der Schießanlagen am Truppenübungsplatz Ramsau/Molln

Arbeitsinspektorat für den 19. Aufsichtsbezirk in Wels

Im Vorfeld der Baubewilligung erfolgten mehrere Gespräche über Verbesserungen an den Schießanlagen und es ergingen Aufforderungen zur Verbesserung des Raumklimas in den Steuerbunkern, um die Bildung von Schimmelpilzen zu vermindern und den Fußboden im Büro des Schießstandes zu verbessern.

Im Sommer 2005 wurde eine Tiefenerkundung seitens des österreichischen Bundesheeres durchgeführt. Diese Vorauserhebung erstreckte sich auf zirka 3.000 m² und ergab den Fund von 26 zündfähigen Blindgängern. Diese Suche wurde mit einem Tiefensuchgerät der HVA-Schule für Munitionstechnik durchgeführt. Die Bergung der Blindgänger erfolgte mit einem heereigenen Spezialbagger, welcher mit verstärkter Bodenplatte und splittergeschützten Front- und Seitenscheiben ausgerüstet war.

Nach dieser Vorerhebung war klar, dass nur mit erheblichen Sicherheitsvorkehrungen die Bauzeit ohne Zwischenfälle zu bewältigen sein könnte. Da das Bundesheer nicht über eine entsprechende Ausrüstung verfügt, wurde das Unternehmen Koch Munitionsbergung beauftragt, mittels Magnetsonden 27.000 m² zu untersuchen. Nach den Ergebnissen dieser Magneto-Flächenaufnahme wurden weitere 441 zündfähige Blindgänger und Munitionsreste gefunden. Transportfähige Blindgänger und Munitionsteile wurden nach Stadl-Paura zur dortigen Munitionsanstalt verbracht. Der Rest von 88 Stück nicht transportfähigen Teilen wurde vor Ort im Rahmen einer Sprengung vernichtet.

Der Neubau der Schießanlage umfasst drei kurze Schießbahnen, sechs lange Schießbahnen mit einer maximalen Länge von 800 m, sowie zwei Grabenkampfanlagen. Diese Arbeiten wurden im Jahre 2006 ausgeführt. Für die Leitungen der elektronischen Anzeigen wurden Plastikrohre mit einer Gesamtlänge

BEITRÄGE DER ARBEITSINSPEKTORATE

von 12.150 m eingebracht. Trotz dieser umfangreichen Grabungsarbeiten konnten diese Arbeiten ohne Zwischenfälle abgeschlossen werden.

In den Jahren 2007 und 2008 soll ein Basisgebäude für die Schießanlage errichtet werden. Dieses Basisgebäude umfasst drei Einheiten von Aufenthalts- und Warteräumen sowie eine zugeordnete Munitionsausgabestelle. Notwendige Nebenräumlichkeiten wie Garagen, Lagerräume, sowie Räume für Instandsetzungsarbeiten sind ebenso geplant wie ausreichende Sanitärräume und ein Erste-Hilfe-Raum mit entsprechender Ausrüstung. Zusätzlich sind Haustechnikräume und Räume für die Steuerung der Schießanlage sowie ein Kanzleibereich mit Sicherheitskanzlei, von der die gesamte Schießanlage überblickt werden kann, vorgesehen.

Zu Beginn der Bauarbeiten wurde mit den örtlichen Rot-Kreuz-Dienststellen eine Notfallübung durchgeführt, da wegen der abgelegenen Baustelle der Zeitbedarf für eine Zufahrt mit Rettungswagen nicht genau bekannt war. Zur Freude aller am Bau Beteiligten war bislang kein Rettungseinsatz erforderlich, dennoch war es während der Grabungsarbeiten beruhigend, für einen Zwischenfall vorbereitet zu sein.

RECHTSVORSCHRIFTEN**RECHTSVORSCHRIFTEN**

Die Liste enthält die mit 1.1.2007 geltenden Rechtsvorschriften für den Schutz des Lebens und der Gesundheit von Bundesbediensteten.

Rechtsvorschrift	Anmerkung
Bundes-Bedienstetenschutzgesetz (B-BSG) BGBl. I Nr. 70/1999; letzte Änderung BGBl. I Nr. 131/2003	
Gefahrenklassenverordnung BGBl. II Nr. 239/2002; letzte Änderung BGBl. II Nr. 221/2006	Schlüssel für Präventionszeiten und Anzahl der erforderlichen Sicherheitsvertrauenspersonen entsprechend der Gefahrenklasse
Tropentauglichkeitsverordnung BGBl. 630/1983	Spezialvorschrift aus dem Gebiet der Gesundheitsüberwachung.
Verordnung über die Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung (B-KennV) BGBl. II Br. 414/1999	Anwendung der Verordnung zum ASchG (KennV) für Bundesdienststellen.
Verordnung über den Schutz der Bediensteten gegen Gefährdungen durch biologische Arbeitsstoffe (B-VbA) BGBl. II Nr. 415/1999	Anwendung der Verordnung zum ASchG (VbA) für den Bund.
Verordnung über den Schutz der Bundesbediensteten bei Bildschirmarbeit (B-BS-V) BGBl. II Nr. 453/1999	Anwendung der Verordnung zum ASchG (BS-V) für Bundesdienststellen.
Verordnung über die Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumente (B-DOK-VO) BGBl. II Nr. 452/1999	Anwendung der Verordnung zum ASchG (DOK-VO) für Bundesdienststellen.
Verordnung über die Sicherheitsvertrauenspersonen (B-SVP-VO) BGBl. II Nr. 14/2000	Für Bundesdienststellen bestehen Schlüsselzahlen für die Anzahl der Sicherheitsvertrauenspersonen entsprechend der Einstufung der Dienststelle in eine Gefahrenklasse (siehe Gefahrenklassenverordnung).
Verordnung über die Gesundheitsüberwachung (B-VGÜ) BGBl. II Nr. 15/2000; letzte Änderung BGBl. II Nr. 294/2005	Anwendung der Verordnung zum ASchG (VGÜ) für Bundesdienststellen.
Bundes-Arbeitsstättenverordnung (B-AStV) BGBl. II Nr. 352/2002	Gleich lautend wie Verordnung zum ASchG (AStV), aber mit anderen Übergangsbestimmungen.
Bundes-Arbeitsmittelverordnung (B-AM-VO) BGBl. II Nr. 392/2002; letzte Änderung BGBl. II Nr. 293/2005	Anwendung der Verordnung zum ASchG (AM-VO) für Bundesdienststellen.
Bundes-Grenzwertverordnung (B-GKV) BGBl. II Nr. 231/2003; letzte Änderung BGBl. II Nr. 180/2004	Anwendung der Verordnung zum ASchG (GKV) für Bundesdienststellen.
Verordnung über den Schutz der Bediensteten vor explosionsfähigen Atmosphären (B-VEXAT) BGBl. II Nr. 156/2005	Anwendung der Verordnung zum ASchG (VEXAT) für Bundesdienststellen.
Verordnung über den Schutz der Bediensteten vor der Gefährdung durch Lärm und Vibrationen (B-VOLV) BGBl. II Nr. 90/2006	Anwendung der Verordnung zum ASchG (VOLV) für Bundesdienststellen.